SPD BUNDESTAGS FRAKTION
www.spdfraktion.de

Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion vom 08.01.2016

PEPP muss endgültig weg:
Für eine bedarfsgerechte Versorgung psychisch kranker Menschen!

Die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen hat in den vergangenen 10 Jahren erheblich zugenommen. Demgegenüber steht ein Mangel an Therapieplätzen. Mehrwöchige Wartezeiten auf einen Facharzttermin bzw. Therapieplatz sind die Folge. Viele Patientinnen und Patienten werden daher von Hausärzten versorgt, die für diese Behandlung nicht adäquat ausgebildet sind. Diese Unter- und Fehlversorgung im ambulanten Bereich ist mitverantwortlich dafür, dass die Fallzahlen in psychiatrisch-psychotherapeutischen Kliniken allein zwischen 2005 und 2013 um 37 % gestiegen sind.

Seit 2013 wird ein Konzept für ein pauschaliertes Entgeltsystem für stationäre Einrichtungen erprobt, das sog. PEPP-System (Pauschaliertes Entgeltsystem in Psychiatrie und Psychotherapie), das sich an den Fallpauschalen in Krankenhäusern orientiert. Im Zuge der Erprobung hat sich allerdings gezeigt, dass dieses System keine bedarfsgerechte Versorgung psychisch kranker Menschen sicherstellt und vielmehr ökonomische Belange anstatt die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt rückt!

Wir haben im April 2014 erreicht, dass die Erprobungsphase bis Ende 2016 mit dem Ziel verlängert wurde, ein Alternativkonzept zu entwickeln, das sich an den besonderen Bedürfnissen psychisch erkrankter Patientinnen und Patienten und nicht an Preisen und Pauschalen orientiert! Die Verbände haben zwischenzeitlich ein entsprechendes Alternativkonzept vorgelegt.

Die Fachverbände warnen stark vor der Einführung von PEPP. Dieser Warnung schließen wir uns an. Für den im Februar beginnenden Dialog zwischen BMG und Fachverbänden fordern wir daher:

- Das vorgesehene PEPP-System würde dazu führen, dass gerade psychisch schwerstkranke Menschen, die einen Therapieplatz am dringlichsten benötigen und sich am wenigsten wehren können, nicht die Versorgung erhalten, die sie brauchen. Da ihre Behandlung für die Häuser nicht lukrativ ist, würden Kliniken schwer psychisch Erkrankte aus ökonomischen Gründen nicht adäquat behandeln. Es darf nicht zu einer Rosinenpickerei zu Lasten Schwerkranker kommen!
- Die Behandlung von Menschen mit psychischen Erkrankungen muss individuellen Anforderungen gerecht werden! Ein vorzementiertes Behandlungssystem mit Pauschalen, die sich am Durchschnitt orientieren, wird dieser Vielfalt nicht gerecht. Nur eine qualitätsgerechte Vergütung, die sich an der Behandlung nach evidenzbasierten Leitlinien misst, ist patientengerecht! Wir fordern daher ein Vergütungssystem, das Psychotherapie ausreichend berücksichtigt und flexible Übergänge zwischen stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung ermöglicht. Nur so können wir eine patientenzentrierte Behandlung unter Wahrung der Kontinuität der Ärzte, Therapeuten und Pflegekräfte ermöglichen und verhindern, dass Betroffene an der Überwindung sektoraler Hürden scheitern und ihre Behandlung vorzeitig abbrechen.
- Ein System wie PEPP, das Anreize schafft, Patientinnen und Patienten aus ökonomischen Gründen möglichst schwere Diagnosen zuzuordnen, lehnen wir strikt ab! Wir fordern ein Vergütungssystem, das den tatsächlichen Behandlungsaufwand honoriert.

- Die Behandelnden in den Optionskliniken verschwenden derzeit 15% ihrer wertvollen pflegerischen und therapeutischen Zeit für Dokumentation. Wir brauchen kein Bürokratiemonster, sondern ein Dokumentationssystem, das die Patientensicherheit gewährleistet und die Basis für eine patientenorientierte Vergütung legt sowie das Behandlungspersonal nicht unnötig belastet. Darüber hinaus brauchen wir auch weiterhin eine verbindliche Regelung zur Personalbemessung!